

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz

Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Band: 101 (2018)

Heft: 1-2

Rubrik: News

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kanton Bern – Gesamterneuerungswahlen mit Freidenkenden

Am 25. März 2018 finden im Kanton Bern Gesamterneuerungswahlen statt. Auf verschiedenen Listen kandidieren Mitglieder der Freidenker-Vereinigung der Schweiz. Uns bekannt sind die Kandidierenden in der folgenden Zusammenstellung:

Regierungsratswahlen

- Ananiadis Jorgo
- Köpfli Michael

Grossratswahlen

Wahlkreis Bern

Liste 10: Grünliberale Stadt Bern

- Köpfli Michael

Wahlkreis Biel-Bienne - Seeland

Liste 15: FDP. Die Liberalen Biel/Bienne

- Schmid Peter

Liste 26: Piraten + Freidenker

- Abgottsporn Valentin
- Schmid Dorothee
- Frey Adrian

Wahlkreis Mittelland-Süd

Liste 5: Grünliberale

- Brönnimann Thomas

Wahlkreis Mittelland-Nord

Liste 9: glp West

- Schätti Zundel Christian

Liste 13: Piraten und Freidenker

- Ananiadis Jorgo
- Moser Valérianne
- Rytz Lukas A.

Ein allfälliger zweiter Wahlgang findet am 29. April 2018 statt.

Kanton Wallis – Einsprache gegen Gipfelkreuz abgewiesen

Am 22. Juli 2017 haben wir eine Einsprache gegen ein Baugesuch für ein Gipfelkreuz auf dem Mauerhorn bei Ferden (im Lötschental, Kanton Wallis) verfasst. Diese Einsprache erfolgte frist- und formgerecht und ausführlich begründet durch Valentin Abgottsporn, als Ressort-Verantwortlicher Politik im Zentralvorstand der FVS, aber auch im Namen der Sektion Wallis und ihrer Mitglieder. Da es sich bei der Baute um ein Projekt ausserhalb der Bauzone handelt, musste die kantonale Baubehörde (Kantonale Baukommission, KBK) über unsere Einsprache entscheiden. Mit ihrem Entscheid vom 23. November 2017 erteilte die KBK eine Baubewilligung und wies unsere Einsprache vor allem mit der Begründung ab, dass wir nicht einspracheberechtigt wären. Weiter wird auch argumentiert, dass schlanken Gipfelkreuzen nicht zwangsläufig eine religiöse Konnotation zuzuerkennen sei. Die FVS und die Sektion Wallis



Idee: Andreas Lamanda/Valentin Abgottsporn Montage: Jörg Jakob Schmid

sind mit der Begründung und den vorgebrachten Argumenten nicht einverstanden. Wir werden uns überlegen, bei einem weiteren Gipfelkreuz-Baugesuch eine neue Einsprache zu hinterlegen, dazu wäre aber wohl eine Person nötig, welche im betreffenden Gemeindegebiet wohnt. Zudem überlegen wir uns, ein Baugesuch für ein Gipfel-F («F» für Freiheit, Frieden, Fairness, Fantasie, Freude...) zu stellen und die Argumente, welche von der Walliser KBK vorgebracht werden, auf Herz und Nieren zu überprüfen. *Affaire à suivre...*

Valentin Abgottsporn

Kanton Tessin – Einführung von «Religionsgeschichte»

Im November letzten Jahres hat die Regierung des Kantons Tessin mit der römisch-katholischen und der evangelisch-reformierten Kirche eine Einigung über den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen erzielt. Ab dem nächsten Jahr wird es im letzten obligatorischen Schuljahr (IV media) neben dem freiwilligen konfessionellen Religionsunterricht eine allgemein verbindliche Wochenstunde «Religionsgeschichte» geben.

Es gäbe viel zu sagen über die Gründe für diese Wahl und die offenkundige Bereitschaft der Kirchen, ich möchte hier nur erwähnen, dass unsere Sektion am 24. Januar ein offenes Schreiben an den Staatsrat, den Direktor des betreffenden Departements, Herrn Manuele Bertoli, gerichtet hat, in welchem wir ausdrücklich verlangten, erstens dem Thema der Ungläubigkeit im Unterricht genügend Raum zu geben und zweitens die Beteiligung eines unserer Mitglieder bei der Erarbeitung des Lehrgangs zu gewähren.

Der Staatsrat hat uns prompt geantwortet und versichert, eine Beteiligung unsererseits in Betracht zu ziehen. Ebenso hat er bestätigt, dass der Ungläubigkeit im neuen Unterricht ein angemessener Platz eingeräumt wird. Wir werden jedoch wachsam bleiben, damit diese Versprechen auch wirklich eingehalten werden.

Giovanni Barella, Präsident der ASLP-TI

Irland: Abstimmung über Lockerung des Abtreibungsverbots

Die irische Regierung hat beschlossen, Ende Mai eine Abstimmung über die Streichung des Verfassungszusatzes «zum Recht auf Leben der Ungeborenen» anzusetzen. Der Artikel, der 1983 in einer Volksabstimmung mit 67 Prozent Ja-Anteil angenommen worden war, führte zu einer Rechtspraxis, die Abtreibungen auch bei Vergewaltigungen und schweren Missbildungen des Fötus verbietet.

Ziel der Regierung ist es, nach dem Steichen des Verfassungartikels ein Gesetz zu schaffen, das Abtreibungen bis zur zwölften Woche zulässt.

(Quellen: BBC, The Guardian, Wikipedia) ak

Luxemburg: Ziemlich konsequente Trennung von Staat und Kirche

Im Januar 2018 kam in Luxemburg ein Prozess der Trennung von Staat und Kirche zum Abschluss, welcher von der seit 2013 amtierenden liberal-sozialistisch-grünen Regierung zielstrebig verfolgt wurde.

Die Staatszuschüsse werden massiv reduziert. Priester mit bestehenden Arbeitsverträgen werden weiterhin vom Staat bezahlt, neu angestellte nicht mehr. Es gibt keinen (konfessionellen) Religionsunterricht an staatlichen Schulen mehr. Als grösster Streitpunkt stellten sich Eigentumsfragen zu Kirchengebäuden heraus. Der Unterhalt einiger weniger kirchlicher Bauten von herausragender architektonischer Bedeutung wird auch in Zukunft noch mittels staatlicher Gelder unterstützt. va

Deutschland: HVD erhält in Berlin öffentlich-rechtliche Anerkennung

Der Berliner Senat verlieh im Januar dem Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg (HVD-BB) als erster nicht-religiösen Organisation den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts. Damit sind verschiedene Privilegien verbunden, der HVD will jedoch ausdrücklich nicht von allen Gebrauch machen, unter anderem verzichtet er – anders als Kirchen mit demselben Status – auf ein eigenes Arbeitsrecht.

Dem HVD ist es mit dieser Anerkennung gelungen, die ungleiche Behandlung von religiösen und nicht-religiösen Weltanschauungsgemeinschaften durch den Staat zu reduzieren. Andere säkulare Organisationen in Deutschland streben jedoch einen anderen Weg an, um dieses Ziel zu erreichen. Sie fordern stattdessen den Rückbau der Privilegien für Religionsgemeinschaften. (Quelle: Humanistischer Pressedienst) ak

Freedom of Thought Report 2017: Religionsfreie weiterhin diskriminiert

In dem von der *International Humanist and Ethical Union* (IHEU) veröffentlichten Freedom of Thought Report 2017 wird überschaubar dokumentiert, dass religionsfreie Menschen in weltweit 85 Ländern diskriminiert werden. In sieben Ländern werden sie mit staatlicher Unterstützung aktiv politisch verfolgt. Oder sie werden durch sogenannte «Blaspemie-Gesetze» in ihrer Glaubens- und Meinungsäusserungsfreiheit stark eingeschränkt. In zwölf Ländern auf der Welt droht AtheistInnen, ApostatInnen oder KonvertitInnen die Todesstrafe. In mehreren Ländern wurden im letzten Jahr Menschen aufgrund ihrer offenen Verneinung eines Glaubens ermordet.

Der Bericht der IHEU zeigt: Es handelt sich weder um seltene Einzelschicksale, noch sind solche Ereignisse nur nicht-demokratischen Staaten vorbehalten. np

Die FVS in den Medien

21.01.18 telezueri.ch

«**Atheisten unterstützen muslimische Weihnachtssingen-Verweigerer**»

Andreas Kyriacou nimmt Stellung zur Busse für einen muslimischen Vater, der seine Kinder vom Weihnachtssingen dispensieren liess.

16.01.18 kath.ch

«**Die staatlichen Privilegien der Kirchen müssen reduziert werden**»

Interview mit Andreas Kyriacou zur Frage der öffentlich-rechtlichen Anerkennung von Freidenkern und Kirchen.

15.01.18 ref.ch

«**Berlin stellt Humanistenverband Kirchen rechtlich gleich**»

Andreas Kyriacous Antwort auf die Frage, ob die FVS wie der Humanistenverband Deutschland eine öffentlich-rechtliche Anerkennung anstrebe.

15.01.18 migrosmagazin.ch

«**Da behandeln Laien Menschen, die psychologische oder medizinische Hilfe brauchen**»

Andreas Kyriacou über Exorzismus in der Schweiz.

14.01.18 zentralplus.ch

«**Heiraten zwischen Emotionen und Kalkül**»

Unter anderem zur Präsenz der FVS-RitualbegleiterInnen an der Hochzeitsmesse Luzern.

9.01.18 nzz.ch

«**Für einen gerechten staatlichen Umgang mit Religionen**»

Gastkommentar von Andreas Kyriacou zur Absicht des Kantons Zürich, mit muslimischen Gemeinschaften neu vertragliche Beziehungen einzugehen. Es brauche im Gegenteil mehr Trennung von Staat und Religion – gerade wegen der zunehmenden weltanschaulichen Vielfalt, schreibt er.

22.12.17 derbund.ch

«**Unternehmen schaffen Weihnachten ab**»

Zur Forderung von Andreas Kyriacou, dass bestimmte Feiertage in Gesetzesstexten nicht mehr als spezifisch religiöse Feiertage gelten sollen.

18.12.2017 derbund.ch

«**Feiertage – nicht mehr ganz so streng**»

Zur Motion von Freidenker und Berner Grossrat Michael Köpfl, die verlangt, dass Menschen an Feiertagen selbst entscheiden sollen, wie sie ihre freie Zeit verbringen wollen.

18.12.2017 nau.ch

«**Atheisten feiern Happy Human Light Day**»

Zur Verteilaktion von Tulpenzwiebeln (Sorte: Darwin) der Freidenker Nordwestschweiz am 23. Dezember.

12.12.17 nzz.ch

«**Reformierte dominieren den Nationalrat – Muslime fehlen völlig**»

«Ich kann mir vorstellen, dass Wahlempfehlungen aus kirchennahen Kreisen dazu führen, dass Stimmabgäste kirchlich gebundene Kandidaten auf den Wahlzetteln bevorzugen», so die These von Andreas Kyriacou.

10.12.17 wilernachrichten.ch

«**Agnostiker: Gott oder nicht? Mir egal**»

Interview mit Daniel Stricker, Präsident der Freidenker Ostschweiz, über seine Meinung zu Gott und Glauben.

8.12.17 kath.ch

«**Zürcher Regierung formuliert Leitsätze für Staat und Religionsgemeinschaften**»

Die Freidenker-Vereinigung kritisiert, dass auf nicht-religiöse Weltanschauungen ausserhalb der Referenz auf die Statistik nicht eingegangen wurde.

4.12.17 kleinreport.ch

«**Neue Geschäftsstellenleiterin bei der Freidenker-Vereinigung**»

Zum Stellenantritt von Simone Krüsi.

30.11.17 zueriost.ch

«**Religionen müssen zur Privatsache werden**»

Zur Vortragseinladung der FreidenkerInnen Winterthur von Philipp Möller, dem Autor von «Gottlos glücklich».